

Die Ärzte waren wieder in Berlin – mit ihren Trillerpfeifen, Plakaten, Megaphonen. Bei der vierten Großdemonstration der niedergelassenen Ärzte gegen die Gesundheitspolitik der Regierung innerhalb eines knappen Jahres zogen am 22. September rund 12.000 Ärztinnen und Ärzte, Zahnärzte und Praxisangestellte durch die Hauptstadt. Dazu aufgerufen hatten über 40 Verbände. Auftaktkundgebung auf dem Gendarmenmarkt, laut Moderator Elmar Esser „der schönste Platz Europas“. Spätsommersonne bescheint mittags die Kuppeln des Französischen und des Deutschen Doms. Ein ausgeglichenes Bild, doch die Ärzte hier stehen unter Spannung. Ulla Schmidt macht Gesetzentwürfe. An den Patienten vorbei, an den Ärzten vorbei. Die Parteien verhandeln, das ganze Land schüttelt mit dem Kopf. Die meisten glauben, Gesundheitsreform müsse etwas mit dem Wohl der Patienten zu tun haben, mit deren Ärzten. Nicht zuerst mit der spröden Statik der Großen Koalition. Das politische Ziel der Ärzte formuliert Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, Präsident der Bundesärztekammer und des Deutschen Ärztetages, der Repräsentant der gesamten Ärzteschaft: „Es geht um unsere Freiheit als Ärztinnen und Ärzte, Entscheidungen nach bestem Wissen und Gewissen zu treffen – unabhängig von den Erwartungen Dritter. Es geht um unsere Freiheit, Patienten individuell zu behandeln.“ Die bisherigen Pläne würden laut Hoppe das ehemals freiheitliche deutsche Gesundheitswesen in die Staatsmedizin führen, es zum Kollaps bringen: „Diese Reform sprengt das System, und es kommt nichts Besseres.“ Deshalb sein Appell an die Bundeskanzlerin: „Wagen Sie mehr Freiheit – und stampfen Sie diese Reform ein!“ (siehe auch „Meinung“ Seite 3)

**Hartmannbund für
Praxiserschließungen**

Genauso sehen es die Vertreter der ärztlichen Verbände. Das „Chaos“ bei den Reform-

Staatsmedizin oder Freiheit?

Ärzttekammer-Präsident Hoppe verlangt von der Kanzlerin, die Gesundheitsreform einzustampfen – 4. Nationaler Protesttag der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte am 22. September in Berlin

von Horst Schumacher



Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, Präsident der Bundesärztekammer und des Deutschen Ärztetages: „Diese Reform sprengt das System, und es kommt nichts Besseres.“ Foto: uma

beratungen prangerte Dr. Kuno Winn an, der Vorsitzende des Hartmannbundes (HB). Grund seien die unvereinbaren Konzepte der Regierungsparteien – Bürgerversicherung auf der einen, Gesundheitsprämie auf der anderen Seite. Die vorliegenden Pläne bedeuten laut Winn eine Entmachtung der ärztlichen Selbstverwaltung. Der HB-Vorsitzende verurteilte Pläne zur Angleichung der privatärztlichen an die vertragsärztliche Gebührenordnung. In der für das Jahr 2009 vorgesehenen Reform des Einheitlichen Bewertungsmaßstabes sieht er eine Mogelpackung. Das Budget werde damit nicht wie behauptet aufgehoben.

Die bisherige Bewertung nach Punkten solle lediglich in Euro und Cent umgeschrieben werden, das Morbiditätsrisiko bleibe bei den Ärzten. Winn: „Das ist für uns inakzeptabel.“ Wenn sich an den Plänen nichts ändert, wird der HB regionale Praxiserschließungen unterstützen, kündigte der Verbandsvorsitzende an: „Dann wird der Versorgungsnotstand absolut sichtbar werden.“

Die Reformpläne der Koalition seien „einzig geprägt durch machtpolitische Überlegungen“, sagte Dr. Klaus Bittmann vom Bundesverband der Ärztegenossenschaften. „Den Patienten, um den es eigentlich geht, hat niemand im Auge gehabt“, kritisierte er. Statt dessen

werde mit „Lügen“ verbrämt, dass die vorliegenden Pläne die Finanzierungsprobleme der gesetzlichen Krankenversicherung nicht lösen. Voraussichtlich werde dem System durch die Rückführung und spätere Streichung des Steuerzuschusses aus der Tabaksteuer sogar Geld entzogen. Die zentralistische Tendenz der Regierungspolitik zeigt sich nach seiner Analyse sehr deutlich an den Beispielen des Gesundheitsfonds und des geplanten zentralen Qualitätsinstituts. Der Koalition warf er eine Missachtung der gewachsenen Selbstverwaltungs-Strukturen und der ärztlichen Freiberuflichkeit vor. Alles in allem programmieren die Berliner Pläne nach seinem Urteil ein Ge-

sundheitswesen „mit sozialistischer Struktur mit zentralistisch angelegter Bürokratie“.

„Wider besseres Wissen geht es um Machtfragen“, so sieht es auch Dr. Astrid Bühren, Präsidentin des Deutschen Ärztinnenbundes und Vorstandsmitglied der Bundesärztekammer. Sie verlangte mehr Zeit für die Patienten, für Zuwendung und Heilung in einem vertrauensvollen Patient-Arzt-Verhältnis. Statt dessen seien die Arbeitsbedingungen in der Medizin in Deutschland heute schon „derart, dass es die Jungen wegtreibt“. Gerade bei den besonders engagierten und leistungsfähigen Nachwuchsmedizinern sieht sie eine hohe Neigung, nach anderen beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten Ausschau zu halten – etwa im Ausland.

„Wir warten nicht, bis alle Lichter ausgehen“

„Die niedergelassenen Ärzte sind enttäuscht von der Bundeskanzlerin“, sagte Dr. Werner Baumgärtner, Vorsitzender des Ärzteverbundes MEDI Deutschland. Die Reformpläne stünden nicht unter dem Motto der Kanzlerin „Mehr Freiheit wagen“, sondern zerstörten „durch Gleichschaltung und Entmündigung von Patienten und Ärzten insbesondere die ambulante medizinische Versorgung“. So werde die Bürokratie des Sachleistungssystems beibehalten oder verstärkt. Am Honorarbudget und damit der Unterfinanzierung der ambulanten Vergütung um 30 Prozent solle sich nach den Regierungsplänen ebenso wenig etwas ändern wie am Arzneimittelbudget. Außerdem kritisierte Baumgärtner, dass „die Einkaufsmacht der Kassenoligopole“ weiter gestärkt werde. Er wird sich dafür einsetzen, dass sich die niedergelassenen Ärzte „vehementer und brutaler“ wehren, zunächst etwa durch längere Praxisschließungen. Gleichzeitig will MEDI Möglichkeiten des kollektiven Ausstiegs aus der vertragsärztlichen Versorgung vorbereiten: „Wir werden nicht solange im System bleiben, bis in allen Praxen die Lichter ausgehen, sondern wir werden vorher aussteigen.“

Den „Weg in die Staatsmedizin“ will auch der Berufsverband der Deutschen Internisten (BDI) stoppen. Die Bundesgesundheitsministerin sei dabei „die letzten Reste von Freiheit und Wettbewerb“ zu beseitigen, sagte der Präsident des BDI, Dr. Wolfgang Wesiack. So sei zum Beispiel geplant, die regionalen Vertragskompetenzen der Kassenärztlichen Vereinigungen abzuschaffen, „Einheitshonorare“ für ärztliche Leistungen festzulegen und das Nebeneinander von gesetzlichen und privaten Krankenkassen de facto abzuschaffen. „Dies alles führt zu einer Staatsmedizin, wie wir sie aus der DDR-Vergangenheit nur allzu gut kennen. Die negativen Folgen für die Versicherten wären Zuteilungsmedizin, Wartezeiten, Versorgungsengpässe und Qualitätseinbußen“, so Wesiack. Nach seinen Worten macht die Ärzteschaft mit ihrem Protest deutlich: Es ist eine Grenze erreicht, die nicht überschritten werden darf.

„Gefahr im Verzug“, sieht auch Dr. Maximilian Zollner, Bundesvorsitzender des NAV-Virchow-Bundes und der-



Über 40 Verbände hatten zur Demonstration aufgerufen, rund 12.000 Ärztinnen und Ärzte und ihre Praxismitarbeiter kamen. Foto: uma

zeit Sprecher der Allianz Deutscher Ärzteverbände. Er kritisierte „Gleichmacherei auf niedrigem Niveau, in Richtung Entmündigung der Bürger und Zuteilungsmedizin“. Der Staat lege im geplanten Gesundheitsfonds künftig den Beitragssatz in der Gesetzlichen Krankenversicherung fest, und er sichere sich den Zugriff auf die Versorgung durch stärkeren Einfluss auf den Gemeinsamen Bundesausschuss. Das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen dürfe künftig noch stärker bestimmen, was der einzelne Arzt verordnen kann und was nicht. Kassen und Kassenärztliche Vereinigungen würden zentralisiert. Durch Einzelverträge werde die kompakte Organisation der Ärzteschaft aufzulösen versucht. Zollner: „Wir werden weiter intervenieren, protestieren, demonstrieren.“

Praxen und Mitarbeiter existenziell gefährdet

Die Reformpläne gefährden die Existenz Zehntausender von Arztpraxen einschließlich der dort beschäftigten Praxismitarbeiterinnen in den nächsten 18 Monaten. So sieht es Dr. Martin Grauduszus, Präsident der Freien Ärzteschaft: „Praxispleiten sind unausweichlich, wenn die Privathonorare – wie geplant – auf das Niveau der gesetzlichen Kassen abgesenkt würden.“ Das Kennzeichen der kommenden Staatsmedizin werde der Mangel sein. Die Freie Ärzteschaft ist für Praxisschließungen, Massendemonstrationen und die kollektive Rück-

gabe der Kassenzulassung „auf breiter Front“ – mit dem Ziel eines Systems auf der Basis von Direktabrechnung mit dem Patienten und Kostenerstattung durch die Versicherungen. Grauduszus: „Das Sachleistungssystem stirbt, wir werden nur im freien Wettbewerb überleben können.“ Sein Motto: „Aus Protest wird Widerstand.“

„Entgegen aller Unkenrufe sind die Hausärzte heute hier auf diesem Platz“, sagte Dr. Dieter Bachmann, stellvertretender Landesvorsitzender des Hausärztesverbandes Berlin-Brandenburg. Im Vorfeld hatte sich der Bundesverband vom Protesttag distanziert (siehe auch Beitrag „Deutscher Hausärztesverband“ rechts). Die Hausärzte sind laut Bachmann nicht mehr bereit, die Politik der Großen Koalition mit Verständnis und Abwarten zu begleiten. Die jahrelangen Versprechungen, die hausärztliche Versorgung zu stärken, seien nicht eingehalten worden. Bachmann äußerte seine „tiefe Sorge“ hinsichtlich der Patientenversorgung und der Existenz der Hausarztpraxen, er verlangte „ultimativ konkrete Zusagen“ von der Regierung. Bachmann: „Es kann nicht sein, dass wir für 15 Euro im Monat unsere multimorbiden Patienten betreuen. Es kann nicht sein, dass die Verwaltungskosten der Krankenkassen genauso hoch sind wie das hausärztliche Honorar im gesamten Bundesgebiet.“ Der berlin-brandenburgische Landesvorsitzende bekräftigte die Forderung des Deutschen Hausärztesverbandes, der am Vortag in Potsdam stattgefunden hatte, nach einer Vergütungspauschale von 75 Euro pro Patient und Quartal.

Die Gemeinsamkeit der Ärzteschaft im Kampf gegen die Gesundheitsreform beschwor Dr. Frank Ulrich Mont-

gomery, der Vorsitzende der Ärztegewerkschaft Marburger Bund (MB). Er bedankte sich für die Solidarität der niedergelassenen Ärzte mit den beiden erfolgreichen Streiks der Klinikärzte: „Das haben wir zusammen geschafft.“ Der Bundesregierung warf er vor, der Bevölkerung nicht die Wahrheit zu sagen. Statt wie behauptet mehr Wettbewerb werde die geplante Reform weniger Wettbewerb zulassen. Die Budgetierung werde fortgesetzt, die Privatversicherung geschwächt statt gestärkt. An die Adresse der Bundesgesundheitsministerin sagte der MB-Vorsitzende: „Es ist schändlich, dass ihr das so egal ist.“

DEUTSCHER HAUSÄRZTESVERBAND

„Warnsignal“ und Distanz zur Demo

Für den Tag der Berliner Demonstration rief der Deutsche Hausärztesverband zu Praxisschließungen als „Warnsignal“ an die Politik auf, der Bundesverband hielt aber Distanz zur Protestkundgebung. Den Landesverbänden blieb eine eigene Entscheidung vorbehalten. Bei der Abschlusskundgebung auf dem Gendarmenmarkt sprach Dr. Dieter Bachmann, stellvertretender Landesvorsitzender des Hausärztesverbandes Berlin-Brandenburg (siehe auch Spalte links) und verlangte für die Hausärzte „hier und heute ultimativ konkrete Zusagen“ zur Stärkung der hausärztlichen Versorgung.

Einige Forderungen des Hausärztesverbandes seien im Arbeitsentwurf zur Gesundheitsreform umgesetzt, schrieb der Bundesvorsitzende des Hausärztesverbandes, Rainer Kötzle, in einem Rundbrief im Vorfeld der Demo. Dem wichtigsten Ziel einer Euro-Gebührenordnung näherte sich der Entwurf an, ohne aber die Budgetierung aufzuheben. Das geplante Honorarsystem nannte der Verbandsvorsitzende kompliziert und intransparent. Andere Forderungen wie das „Selbstbestimmungsrecht der Hausärzte“ seien ebenfalls nicht realisiert. Der Hausärztesverband führe seit Jahren einen „konstruktiven Dialog“ mit der Politik, so Kötzle weiter: „Als einzige ärztliche Organisation haben wir ein umsetzungsfähiges Reformkonzept vorgelegt.“ Dieser Dialog werde fortgeführt. „Gerade in schwierigen Zeiten sind realisierbare Ziele nicht durch realitätsfernen Populismus mancher Verbände und Körperschaften, sondern nur durch konsequente Politik zu erreichen“, so begründet Kötzle die Distanz zur Demo. Eine Vergütung der hausärztlichen Leistungen „nach Kassenlage“ werde der Hausärztesverband aber nicht mehr hinnehmen. Kötzle rief die Hausärzte dazu auf, am Protesttag mit den Patienten, den regionalen Bundestagsvertretern und der Presse über ihre berechtigten Forderungen zu diskutieren.

uma



Die Ärzteschaft bleibt in Bewegung. Auftaktkundgebung zum vierten Protesttag der niedergelassenen Ärzte innerhalb eines knappen Jahres auf dem Berliner Gendarmenmarkt.

Foto: uma